

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuß

120. Sitzung

am Donnerstag, dem 17. Juni 1999, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Ursula Kähler (SPD)

Vorsitzende

Holger Astrup (SPD)

Renate Gröpel (SPD)

Helmut Jacobs (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Eva Peters (CDU)

Reinhard Sager (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Tagesordnung:

- 1. Gemeinsame Rahmenplanung nach Artikel 91 a GG;
hier: Anmeldung zum 27. Rahmenplan „Verbesserung der Agrarstruktur und
des Küstenschutzes“** **4**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/2165
- 2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen
Schulgesetzes** **5**

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW
Drucksache 14/2184
- 3. Strukturveränderungen im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in Ham-
burg und in der Region** **6**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 14/3455
- 4. Bericht des Innenministers als Sparkassenaufsicht zu den Vorgängen bei der
Sparkasse Kiel laut Presseberichten vom 1. Juni 1999** **7**

Vorlage des Abg. Thomas Stritzl (CDU)
Umdruck 14/3460
- 5. Errichtung eines zweiten Finanzamts im Kreis Pinneberg** **10**
**hier: Vorlage der Verträge mit der Investorin AVW Albrecht
Vermögensverwaltungs-Aktiengesellschaft**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 14/3472
- 6. Information/Kennntnisnahme** **11**

Umdruck 14/3452 - Staatliche Internatsschule für Hörgeschädigte
- 7. Verschiedenes** **12**

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die **Beschlußfähigkeit** des Ausschusses fest.

Die Vorsitzende bittet, den Antrag der Fraktion der CDU betr. Berücksichtigung von Dienstführerschein als geldwerter Vorteil im Einkommensteuerrecht, Drucksache 14/2127, der versehentlich in die Tagesordnung aufgenommen worden ist, durch die Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie betr. Errichtung eines zweiten Finanzamts im Kreis Pinneberg, Umdruck 14/3472, zu ersetzen. Mit dieser Maßgabe wird die **Tagesordnung** in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Gemeinsame Rahmenplanung nach Artikel 91 a GG;
hier: Anmeldung zum 27. Rahmenplan „Verbesserung der Agrarstruktur
und des Küstenschutzes“**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/2165

(überwiesen am 3. Juni 1999 an den Agrarausschuß und den Finanzausschuß
zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuß nimmt den Bericht der Landesregierung ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW
Drucksache 14/2184

(überwiesen am 2. Juni 1999 an den Finanzausschuß und den Bildungsausschuß)

Abg. Heinold bittet die Landesregierung um eine Aufstellung über die sich aus dem Gesetzentwurf ergebenden Kosten und eine Abklärung der juristischen Seite hinsichtlich möglicher neuer Zuwendungsempfänger.

Abg. Spoorendonk kündigt die Vorlage von Zahlen über die Kosten für den Schülertransport für die Jahre 1997 und 1998 an.

Der Ausschuß folgt dem Vorschlag der Vorsitzenden, die Beratung des Gesetzentwurfs erst dann fortzusetzen, wenn der beteiligte Bildungsausschuß ein Votum erarbeitet hat.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Strukturveränderungen im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in Hamburg und in der Region

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 14/3455

St Döring antwortet auf eine Frage des Abg. Neugebauer, daß die zur Verfügung stehenden Mittel ausreichen.

P Dr. Korthals merkt an, daß der Landesrechnungshof durchaus einige Fragen zu der Vorlage habe - unter anderem zur Zukunft der AKN -, die aber auf der sogenannten Arbeitsebene geklärt werden könnten.

Abg. Heinold fragt, ob die AKN künftig bis zum Hamburger Hauptbahnhof durchfahren werde. MR Reiff nimmt Bezug auf einen Artikel im „Eidelstädter Anzeiger“, der ihn veranlaßt habe, unverzüglich mit der Baubehörde Hamburg Kontakt aufzunehmen; in einem Schreiben vom heutigen Tage habe die Baubehörde den Sachverhalt ausführlich dargestellt (siehe Umdruck 14/3511).

Die nach § 18 Abs. 5 des Haushaltsgesetzes erforderliche Einwilligung wird mit den Stimmen aller Fraktionen erteilt.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Bericht des Innenministers als Sparkassenaufsicht zu den Vorgängen bei der Sparkasse Kiel laut Presseberichten vom 1. Juni 1999

Vorlage des Abg. Thomas Stritzl (CDU)
Umdruck 14/3460

St Wegener trägt den Bericht über die Vorgänge bei der Sparkasse Kiel vor - Umdruck 14/3514 -.

Abg. Heinold äußert, die Tatsache, daß es Menschen gebe, die sich Vorteile verschaffen könnten, stimme negativ und frustriere. Vor diesem Hintergrund werde verständlich, warum immer mehr Bürgerinnen und Bürger nicht zur Wahl gehen, auch wenn klar sei, daß die Institution Sparkasse mit Politik nichts zu tun habe. Dem Steuerzahler, der das Land mit seinen Steuergeldern durch harte Arbeit finanziere, seien die Vorgänge in der Sparkasse Kiel nicht zu vermitteln. Für sie sei es selbstverständlich, daß Rückzahlungen stattfinden. Im Interesse der Akzeptanz der Politik hoffe sie, daß sich derartiges nicht wiederholen werde. Auch wenn es im Leben Dinge gebe, die man sich nicht vorstellen könne, müsse alles getan werden, um deutlich zu machen, „daß in diesem Staat nicht die einen die Blöden sind und die anderen davon profitieren“.

Abg. Neugebauer steht auf dem Standpunkt, daß es nicht Aufgabe des Finanzausschusses sei, die Verhaltensweise von Vorstandsmitgliedern einer öffentlich-rechtlichen Sparkasse einer moralischen Bewertung zu unterziehen. In die Zuständigkeit des Finanzausschusses falle vielmehr lediglich die Prüfung, ob die Sparkassenaufsicht korrekt und zeitnah gehandelt habe. Dies sei nach seiner Überzeugung geschehen. Die Sparkassenaufsicht habe die besondere Sensibilität dieses Falles sehr wohl erkannt. Namens der SPD-Fraktion begrüße er es ausdrücklich, daß der Verwaltungsrat in der gestrigen Sitzung in der zur Diskussion stehenden Angelegenheit eindeutig Stellung bezogen habe. Er nimmt Bezug auf die Ausführungen der Abg. Heinold und betont, daß Sparkassenvorstände mehr als andere darauf zu achten haben, wie sie mit den ihnen anvertrauten Spareinlagen umgehen, und er verbinde damit die Hoffnung, daß sich derartige Vorgänge nicht wiederhole.

Abg. Steincke äußert, er vermöge der Wertung von St Wegener nicht zu folgen, daß die Rückzahlung als vorbildhaft und als vertrauensbildende Maßnahme zu qualifizieren sei. Die Rückzahlung sei nach seiner Beurteilung nichts anderes als die „Korrektur eines reuigen Sünders“.

Abg. Kubicki erklärt, er halte die Diskussion für „extrem kleinkariert“. Unabhängig von der politischen Bewertung halte sich alles im Rahmen des rechtlich Zulässigen, und ihm sei nicht eine einzige Betriebsprüfung bekannt, in der es keine Beanstandungen gegeben habe. Die Tatsache, daß die Vorstandsmitglieder eine zumindest dienstlich begründbare Verausgabung zurückzahlen, sei weder vorbildhaft noch beispielhaft, sondern einfach deren Problem und möglicherweise Voraussetzung dafür, einer politischen Diskussion zu entgehen. Ansonsten sollte auch bei öffentlich-rechtlichen Einrichtungen, die am Markt teilnehmen, sehr sorgsam darauf geachtet werden, daß deren Wettbewerbschancen nicht dadurch minimiert werden, daß sie in ein Korsett gezwängt werden und potentielle Kunden nicht mehr ansprechen könnten.

Abg. Kubicki greift einen Einwand des Abg. Steincke auf und betont, daß ein derartiges Vorgehen zur Erhaltung und Gewinnung internationaler Kunden unabdingbare Voraussetzung sei; „die meisten Geschäfte werden ohne Moral gemacht“.

Abg. Sager fragt, welche Vorwürfe an die Adresse der Sparkasse Kiel von der Sparkassenaufsicht als ungerechtfertigt eingestuft worden seien. St Wegener antwortet, daß Oberbürgermeister Gansel als Vorsitzender des Verwaltungsrates dazu öffentlich Stellung genommen habe. Er vermöge die Frage des Abg. Sager nur mit einem Hinweis auf die Tätigkeit des Vorstandsvorsitzenden als Honorarkonsul für Norwegen zu beantworten.

Abg. Stritzl äußert, aus seiner Sicht sei unter steuerrechtlichen Gesichtspunkten kein Vorwurf zu erheben, und er teile die Einschätzung des Abg. Kubicki, daß es bei jeder Betriebsprüfung Beanstandungen gebe. Daß es über derartige Beanstandungen regelmäßig Streit gebe, sei durchaus üblich, auffällig sei aber, daß der zur Diskussion stehende Fall von der Sparkasse Kiel nicht streitig gestellt worden sei. Die Handlungsfolge, nämlich daß die Sparkasse die Steuern auf den geldwerten Vorteil trage, sei allerdings nicht üblich und sollte nicht zur Gewohnheit werden. Die Rückzahlung halte er für angemessen. Er begrüße es, daß die Sparkassenaufsicht und der Verwaltungsrat diese Einschätzung teilten. Auch schließe er sich dem Appell des Abg. Kubicki an, öffentlich-rechtliche Einrichtungen wie die Sparkasse Kiel nicht in ein Korsett zu zwingen. Allerdings gehe es auch hier um die Frage der Wertung: Das Verhalten der Sparkasse gegenüber ihren Vorstandsmitgliedern stehe im Widerspruch zu der Tatsache, daß dem Bürger beispielsweise für relativ kleine Dienstleistungen nicht unerhebliche Gebühren abverlangt werden.

Abg. Stritzl bittet um nähere Angaben zu Struktur und Aufgaben des vom Verwaltungsrat eingesetzten Prüfungsausschusses und fragt weiter nach dem Geltungsbereich dieses Beschlusses. St Wegener antwortet, daß sich der Beschluß des Verwaltungsrates der Sparkasse Kiel nur auf den Bereich der Sparkasse Kiel selbst erstrecke. Die Sparkassenaufsicht begrüße es übrigens - so betont St Wegener -, daß sich der Verwaltungsrat dieser Angelegenheit sehr zügig angenommen und den Beschluß einstimmig gefaßt habe.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Errichtung eines zweiten Finanzamts im Kreis Pinneberg
hier: Vorlage der Verträge mit der Investorin AVW Albrecht
Vermögensverwaltungs-Aktiengesellschaft**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 14/3472

St Döring erläutert die Vorlage in großen Zügen.

Mit den Stimmen aller Fraktionen wird die erbetene Zustimmung erteilt.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Umdruck 14/3452 - Staatliche Internatsschule für Hörgeschädigte

Der Ausschuß nimmt die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Die Vorsitzende teilt mit, daß der dem Innen- und Rechtsausschuß - federführend - und dem Finanzausschuß am 16. Mai 1997 überwiesene Antrag der F.D.P. betr. **Strukturreform in den Ministerien für Finanzen, Soziales und Justiz**, Drucksache 14/697, in der gestrigen Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses von der antragstellenden Fraktion zurückgezogen worden sei.
- b) Die Vorsitzende erinnert an die Verabredung, zur Jahresmitte 1999 von der Landesregierung einen Bericht über die **Einführung des Euro in Gesetzgebung und öffentlicher Verwaltung in Schleswig-Holstein** zu erbitten. Sie schlägt vor, dieses Thema in der ersten Sitzung des Finanzausschusses nach den Sommerferien zu behandeln. - Der Ausschuß ist damit einverstanden.
- c) St Döring spricht das Thema **Modernisierung der Infrastruktur der Landesverwaltung** an und kündigt eine Vorlage über die Erneuerung der landeseigenen Telefonanlagen zu einem Zeitpunkt an, der es ermögliche, sie noch vor den Sommerferien zu beraten.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 11:25 Uhr.

gez. Kähler

Vorsitzende

gez. Breitkopf

Geschäfts- und Protokollführer